

<b>Protokoll:</b>	<b>Ausschuss für Klima und Umwelt des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart</b>	<b>Niederschrift Nr.</b>	13
		<b>TOP:</b>	1
<b>Verhandlung</b>		<b>Drucksache:</b>	152/2021
		<b>GZ:</b>	
<b>Sitzungstermin:</b>	30.04.2021		
<b>Sitzungsart:</b>	öffentlich		
<b>Vorsitz:</b>	BM Pätzold		
<b>Berichterstattung:</b>	-		
<b>Protokollführung:</b>	Herr Haupt / fr		
<b>Betreff:</b>	<b>Umsetzung der Kommunikationskampagne Klimaschutz und Öffentlichkeitsarbeit zum Innovationsfonds</b>		

Vorgang: Gemeinderat vom 25.03.2021, öffentlich, Nr. 70

Ergebnis: Absage der AKU-Sitzung für den 26.03.2021 wegen steigender Corona-Fallzahlen (Zurückstellung der AKU-Sitzung)

Beratungsunterlage ist die Vorlage des Herrn Oberbürgermeisters vom 10.03.2021, GRDRs 152/2021, mit folgendem

Beschlussantrag:

1. Der Umsetzung der im Aktionsprogramm Klimaschutz vorgesehenen Kommunikationskampagne (Maßnahme C 4) in Höhe von 550.000 EUR wird zugestimmt.
2. Der Aufwand wird 2021 im Teilergebnishaushalt THH 810 - Bürgermeisteramt, Amtsbereich 8107015 - Referat Strategische Planung und Nachhaltige Mobilität, Kontengruppe 42510 - Sonstige Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen aus den dafür veranschlagten Mitteln gedeckt.
3. Der Umsetzung von Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit zum im Aktionsprogramm Klimaschutz vorgesehenen Innovationsfonds (Maßnahme A 3.5) in Höhe von 150.000 EUR wird zugestimmt.

4. Dem Aufwand im Jahr 2021, der in Höhe von 150.000 EUR im Teilergebnishaushalt THH 810 - Bürgermeisteramt Amtsbereich 8107015 - Referat Strategische Planung und Nachhaltige Mobilität, Kontengruppe 42510 - Sonstige Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen überplanmäßig entsteht, wird zugestimmt. Die Deckung erfolgt aus Mitteln des Innovationsfonds im Teilfinanzhaushalt 810 - Bürgermeisteramt, Projekt-Nr. 7.109856 - Aktionsprogramm Klimaschutz, AuszGr. 781 - Investitionszuweisungen und -zuschüsse an Dritte in entsprechender Höhe.

Die Beratungsunterlage ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigelegt.

StR Winter (90/GRÜNE) verweist auf das am gestrigen Tag ergangene Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Klimaschutzgesetz aus dem Jahr 2019. Hierbei seien die Freiheitsrechte der Jugendlichen gerichtlich anerkannt worden. Des Weiteren sei es interessant, wie die Bundesregierung auf das Urteil reagieren werde und welche Maßnahmen ergriffen würden. Das Urteil beinhalte die Unverhandelbarkeit des Klimaschutzes. Er sei erfreut, dass im AKU über zukunftsweisende Aspekte des Klimaschutzes diskutiert werde. Dabei stelle das Thema Öffentlichkeitsarbeit ein zentrales Aufgabenfeld dar, welches die Verwaltung und der Gemeinderat der Landeshauptstadt Stuttgart (LHS) nicht alleine lösen könne, sondern nur gemeinsam mit der gesamten Bürgerschaft der Stadt. Die vorliegende GRDRs 152/2021 bezüglich der Öffentlichkeitsarbeit sei ein wichtiger Teil des Klimaschutzprogrammes. Die Kampagne solle die Stuttgarterinnen und Stuttgarter sowie die Wirtschaft sensibilisieren und begeistern. Seine Fraktion begrüße die Vorlage außerordentlich.

Ein Projekt in der Größenordnung des Innovationsfonds, so StR Hill (CDU), könne nicht ohne eine entsprechende Vermarktung aufgelegt werden. Dieses Projekt müsse in der Bürgerschaft platziert und positiv besetzt werden. Hierbei sollten die positiven Aspekte für den Einzelnen aber auch für die gesamte Gesellschaft, für das Klima sowie für die Umwelt herausgearbeitet werden. Es sei daher durchaus folgerichtig, ein entsprechendes hochqualifiziertes und hochdotiertes Öffentlichkeitsarbeitsprogramm aufzusetzen, um den Innovationsfond möglichst effektiv zu gestalten. Seine Fraktion werde der Vorlage 152/2021 zustimmen.

StR Rockenbach (Die Fraktion LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei) betont, das von StR Winter angesprochene gestrige Urteil stelle für seine Fraktion eine Bestätigung und eine Motivation dar, weiter kompromisslos an dem Ziel der Klimaneutralität der LHS bis zum Jahr 2030 festzuhalten. Das Überlebensrecht zukünftiger Generationen solle nicht vor Gericht eingeklagt werden, sondern müsse selbstverständlich für die Politik sein, die sich an der Frage der Zukunftsfähigkeit orientiere. Die heute zu behandelnden Themen der Sitzung seien nicht erfreulich, sondern es müsse sich vielmehr die Frage der Überwindung einer gewissen Trägheit gestellt werden: Die LHS agiere hinsichtlich der global fortschreitenden Klimakatastrophe zu zögerlich. Es sollten nicht lediglich einzelne Maßnahmen des Klimaaktionsprogramms betrachtet werden, sondern man stehe bei der Frage nach einem zukünftigen Leben und Wirtschaften ohne CO<sub>2</sub>-Ausstoß völlig am Anfang. Die Stadt dürfe sich nicht auf dem Klimaaktionspaket ausruhen, da man in vielen Dingen zurückliege und Nachholbedarf habe. Die Frage der Klimagerechtigkeit werde in den Kommunen entschieden, da hier die meisten Menschen lebten und die meisten Arbeitsplätze vorhanden seien. Daher sei der Transformationsprozess in der

Stadt am ausgeprägtesten und werde insbesondere für die Region Stuttgart eine enorme Herausforderung darstellen, da die Wertschöpfung und der Wohlstand der Region in einer naturzerstörenden und ausbeutenden Produktionsweise begründet sei. Hier müsse der nicht nur aus technologischer Sicht nötige Produktionswandel am deutlichsten sein. Dieser in der Zukunft benötigte Wandel müsse nach Auffassung seiner Fraktion in einer Öffentlichkeits- und Klimaschutzkampagne umfassend sein. Hierbei solle dieser Wandel nicht lediglich ein Marketinginstrument darstellen und nur einzelne Maßnahmen umfassen, sondern die Gesellschaft müsse auf eine grundsätzliche Transformation vorbereitet werden. Der wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung für globale Umweltfragen halte diese Transformation für die größte Herausforderung der Menschheit. Die Herausforderung bestehe in der Umstellung auf eine klimaverträgliche Wirtschaft, die ebenso auskömmlich und wohlstandssichernd sei. Entscheidend seien die Inhalte der Kommunikationskampagne und die Frage, ob ein Anspruch auf eine raschere Geschwindigkeit bei der Transformation und eine umfassende Geltung auf alle Lebensbereiche bestehe. Die genauen Inhalte der Kampagne seien in der heutigen Sitzung noch nicht klar, es gehe lediglich um die Vergabe. Seine Fraktion begrüße es, dass für den Innovationsfonds 150.000 Euro der beschlossenen 700.000 Euro zur Verfügung ständen, da Innovationen einen wichtigen Teil bei der Motivation der Menschen für die Klimagerechtigkeit darstellten. Seine Fraktion stimme der Vorlage zu, werde jedoch genau verfolgen, wie die Kampagne grundsätzlich die Transformationsnotwendigkeit formuliere.

Die Sorge für Klimagerechtigkeit liege bei der Politik, so StRin Schanbacher (SPD). Dieses habe das Bundesverfassungsgericht mit der gestrigen Entscheidung klargestellt. Ihre Fraktion fühle sich in ihrer Politik aufgrund des Urteils bestärkt. Dies betreffe nicht lediglich die derzeitige Politik, sondern ebenso die Politik für die nächsten Generationen. Daher sollten die heutigen Themen der Sitzung nicht zu einem "Schulterklopfen" verführen. Die Kommunikationskampagne erachte ihre Fraktion als sehr wichtig. Allerdings stelle die jährliche Reduzierung von 500.000 Tonnen CO<sub>2</sub> eine wesentliche Aufgabe dar. Das Gericht habe mit seiner gestrigen Entscheidung die Klimagerechtigkeit bestätigt. Die Aufgabe des Gemeinderats sei die Beantwortung der Frage der Bürgerschaft, wieviel CO<sub>2</sub> jährlich eingespart werde und was dies hinsichtlich der Klimaziele bedeute. Hierbei werde Kritik seitens der Bürgerinnen und Bürgern geäußert, dass diese Beantwortung nicht erfolge. Dieses solle nun mit der Kommunikationskampagne geleistet werden, die nach Auffassung der Stadträtin eine Art öffentliches Bildungsangebot darstelle. Es werde eine Transparenz für bereits umgesetzte Maßnahmen, aber auch für noch nicht umgesetzte Maßnahmen geschaffen. Diese Transparenz biete der Bürgerschaft eine Diskussionsgrundlage, welche Möglichkeiten in der LHS für den Klimaschutz bestünden. Im Rahmen der Behandlung des Klimaschutzpakets im Jahr 2019 habe ihre Fraktion bereits einige Vorschläge, wie die CO<sub>2</sub>-App, eingebracht. Diese schaffe ein Bewusstsein darüber, welche Menge CO<sub>2</sub> im täglichen Leben produziert werde. Hierbei stelle beispielsweise das Essensangebot in einer Mensa lediglich einen Aspekt dar, wobei der Essenspreis dem CO<sub>2</sub>-Budget nicht gerecht werde. Insgesamt erzeuge die App Transparenz bei den zusätzlichen Kosten. Die Bürgerschaft müsse beim Thema Klimaschutz eingebunden und aktiv beteiligt werden. Schließlich seien viele Bürger\*innen bereit, sich für den Klimaschutz zu engagieren, wüssten allerdings nicht, auf welche Art und Weise. Daher müsse es Ziel der Kampagne sein, der Bürgerschaft konkrete Wege hinsichtlich der CO<sub>2</sub>-Einsparung aufzuzeigen.

StR Dr. Oechsner (FDP) führt aus, die Grundlage für die heutige Vorlage stelle ein Beschluss aus dem Jahr 2019 dar. Es sei vorausschauend gewesen, damals diesen Be-

schluss zu fassen. Die Kommunikation über den Klimaschutz mit der Öffentlichkeit sei wichtig, da dieses Thema aktuell in großen Teilen der Bürgerschaft von anderen pandemiebedingten Problemen überlagert werde. Allerdings müsse der Aspekt Klimaschutz weiterhin bei den Bürgerinnen und Bürgern verankert bleiben. Daher sei es richtig, eine Kommunikationskampagne aufzubauen. Seine Fraktion stimme der Vorlage daher zu.

Die Vorlage mit den darin beinhalteten 550.000 Euro für die Öffentlichkeitsarbeit, so StR Zaiß (FW), sei ein gut angelegtes Geld. Die Menschen müssten einsehen, dass Klimaschutz wichtig sei. Vor allem in Kindergärten und Schulen müsse darauf hingearbeitet werden, damit die Kinder und Jugendlichen bereits frühzeitig mit dem Thema befasst würden. Die gesamte Bürgerschaft solle verpflichtet werden, ihren Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Daher werde seine Fraktion der Vorlage zustimmen.

StR Köhler (AfD) betont, ein Gericht sei nicht frei von einer gewissen politisch orientierten Besetzung. Es sei zudem nicht bekannt, welche konkreten Aspekte zukünftige Generationen einfordern würden. Mittlerweile sei eine rege Diskussion über das gestrige Urteil über die Frage entstanden, ob zukünftige Generationen Rechtssubjekte mit eigenen Rechten darstellen würden. Diese Fragestellung sei sehr komplex. Seine Fraktion werde der Vorlage nicht zustimmen.

Die Vorlage sei sehr sinnvoll und notwendig, betont StRin Hübsch (PULS). Da die Kommunikationskampagne benötigt werde, stimme ihre Fraktion der Beschlussvorlage zu.

BM Pätzold führt aus, das gestrige Urteil bestätige die richtige Weichenstellung der LHS hinsichtlich des Klimaschutzes. Die Stadt verfüge über wesentlich ehrgeizigere Ziele als der Bund. Das im Jahr 2019 unter dem damaligen OB Kuhn beschlossene Klimaschutzpaket mit einem Volumen von 200 Mio. Euro sei einzigartig. Nach seiner Kenntnis verfüge keine andere Stadt über ein derartiges Aktionsprogramm mit einer solch umfassenden Breite und Vielfalt. Der Gemeinderat habe der Verwaltung den Auftrag erteilt, jährlich den Zielerreichungspfad zu überprüfen. Das Klimaaktionsprogramm sei zwar für vier Jahre beschlossen worden, aber das Thema Klimaschutz und Klimawandel werde nach diesen vier Jahren weiterbestehen. Die Verwaltung wolle sich daher nicht ausruhen. Herr Kohlmeyer (S/OB Klimaschutz) sei als Klimaschutzkoordinator ein wichtiger Teil des Programms, da er die Aktionen innerhalb der LHS koordiniere. Nicht nur das Amt für Umweltschutz (AfU) leiste einen wesentlichen Beitrag zum übergreifenden Thema Klimaschutz, sondern ebenso die SWS sowie viele andere Referate in verschiedenen Bereichen. Er stimmt der Auffassung von StR Dr. Oechsner zu, dass der Beschluss über das Klimaaktionsprogramm im Jahr 2019 vorrausschauend war. Der Wunsch der zukünftigen Generationen komme im Rahmen der "Friday-for-Future-Bewegung" zum Ausdruck, was der Gemeinderat aufgenommen habe.

In der nächsten AKU-Sitzung, so Herr Dr. Görres (AfU), wolle die Verwaltung im Rahmen des Energie- und Klimaschutzberichts zum aktuellen Stand der Umsetzung der Klimaschutzmaßnahmen in der LHS berichten. Die Daten zeigten, dass die Stadt im Jahr 2019 vier Prozent unter dem CO<sub>2</sub>-Reduktionpfad liege. Hinsichtlich des gestrigen Urteils sei der Reduktionpfad mit konkreten Maßnahmen hinterlegt und zeige auf, wie das vorgesehene Einsparungsbudget zu erreichen sei. Die Verwaltung sei offen für alle Maßnahmen, die aufgrund neuer wissenschaftliche Erkenntnisse eine Anpassung des Pfads erforderten.

StR Winter betont, beim gestrigen Urteil gehe es nicht lediglich um Ansichten der zukünftigen Generationen in einigen Jahren, sondern es stelle einen Sieg der Wissenschaft dar. Ebenso motiviere es die Politik, den Klimaschutz weiterhin aktiv anzugehen. Er erinnert an die in den letzten Monaten über die städtischen Liegenschaften geführten Diskussionen im Gemeinderat. Hierbei seien zukunftsweisende weitere Schritte aufgestellt worden.

Die Ausführungen von Herrn Dr. Görres hätten die Herausforderungen beschrieben, so StR Körner, dass bislang lediglich der Teil des beschlossenen Reduktionspfads mit Maßnahmen hinterlegt sei. Die Fernwärme würde zu einer erheblichen CO<sub>2</sub>-Reduktion führen, wenn die Wärmeversorgung so rasch wie möglich auf erneuerbare Energien umgestellt würde. Dabei solle nicht lediglich das Kohlekraftwerk in Stuttgart-Münster, sondern das wesentlich größere Kohlekraftwerk in Altbach betrachtet werden. Die Umstellung stelle einen schwierigen Prozess dar. Als Basis solle ein gemeinsamer Wärmeleitplan erstellt werden. Seine Fraktion sei der Auffassung, das Vermögen der SVV in Höhe von 400 bis 500 Mio. Euro in den nächsten zehn Jahren schrittweise in den Ausbau der erneuerbaren Energien zu investieren. Hinsichtlich der CO<sub>2</sub>-Bilanz der städtischen Liegenschaften in den letzten Jahren sei man nicht sehr viel weitergekommen. Das von Herrn Dr. Görres im letzten Jahr präsentierte 600 Mio. Euro umfassende Paket, mit dem der CO<sub>2</sub>-Ausstoß mit diversen Maßnahmen bis zum Jahr 2030 auf null Tonnen gesenkt werden solle, bedeute, jährlich 60 Mio. Euro in diesen Bereich sinnvoll zu investieren. Tatsache sei jedoch, dass aktuell gerade 10 bis 20 Mio. Euro jährlich realisiert würden. Daher bestehe in diesem Bereich ein enormer Verbesserungsbedarf. Das gestrige Urteil stelle eine Herausforderung für die Stadt dar, sich beim Reduktionspfad zu verbessern.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt BM Pätzold die Vorlage GRDRs 153/2021 zur Abstimmung und stellt fest:

Der Ausschuss für Klima und Umwelt beschließt bei 14 Ja-Stimmen und 1 Gegenstimme mehrheitlich wie beantragt.

Zur Beurkundung

Haupt / fr

## Verteiler:

- I. S/OB  
zur Weiterbehandlung  
Strategische Planung  
Klimaschutz
  
- II. nachrichtlich an:
  1. Herrn Oberbürgermeister
  2. L/OB
  3. Referat WFB  
Stadtkämmerei (2)
  4. Referat SWU  
Amt für Umweltschutz
  5. Rechnungsprüfungsamt
  6. L/OB-K
  7. Hauptaktei
  
- III.
  1. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
  2. CDU-Fraktion
  3. Fraktionsgemeinschaft Die FRAKTION  
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
  4. SPD-Fraktion
  5. FDP-Fraktion
  6. Fraktion FW
  7. AfD-Fraktion
  8. Fraktionsgemeinschaft PULS